

Pandemiebewältigung im Kontext des Medien- und Öffentlichkeitswandels

Massenkommunikation und soziale Netzwerkmedien im Widerstreit

Udo Göttlich

Einleitung

Der vorliegende Beitrag geht dem in diesem Sammelband verfolgten Zusammenhang von Gesundheitskrise und Gesellschaftskrise aus der Perspektive des aktuellen Strukturwandels der Öffentlichkeit nach und stellt hierzu die besondere Rolle und Stellung sogenannter neuer »Intermediäre« (Jarren und Neuberger, 2020) in der öffentlichen Auseinandersetzung um die Einführung und Durchsetzung von Pandemiemaßnahmen in den Mittelpunkt. Hierbei interessiert insbesondere das Verhältnis der klassischen Massenmedien zu den neuen Medien in der Berichterstattung über die Corona-Pandemie und die Coronamaßnahmen, welches von zahlreichen Konflikten geprägt war.

Gerade mit Blick auf die Rolle der neuen Medien in der Berichterstattung und Information über die Corona-Pandemie ist es nachvollziehbar, dass deren Stellung von Beginn an Thema wissenschaftlicher Studien war. Eine der ersten international angelegten Studien aus dem März bis Juni 2020 verfolgte hierzu u. a. den Verlauf von Twitterhashtags zu spezifischen COVID-19-Maßnahmen in unterschiedlichen Ländern und dabei insbesondere die Verbreitung von Falschinformationen im globalen Zusammenhang (Sharma et al., 2020). Dieser Studie – wie auch anderen Folgestudien – geht es nicht allein um die Frage, welche Mechanismen kennzeichnend oder typisch für die Verbreitung von Informationen über die Pandemie auf sozialen Plattformmedien sind. Die Autor*innen der Studie haben von Beginn an darauf verwiesen, dass sich die Verbreitung von Falschinformationen im Rahmen eines breiten Spektrums an Themen, angefangen bei Wahlkämpfen, Naturkatastrophen und dem Klimawandel sowie weiterer öffentlicher Diskurse bewegt und kein neues Phänomen darstellt. Aber im Zusammenhang mit der Pandemie sind Falschinformationen, die nicht nur zu individuellem Fehlverhalten, sondern als dessen Folge zur gesundheitlichen Beeinträchtigung Dritter beitragen können, auf besondere Wei-

se relevant. Insbesondere die Plattformmedien bildeten erstmals den zentralen Bezugspunkt in der Einschätzung und Wahrnehmung einer Pandemie und den sich daran anschließenden Maßnahmen durch die Bevölkerung.

Wie mit Blick auf die Wirksamkeit spezifischer Maßnahmen auch die aktuelle Auseinandersetzung um die sog. »RKI-Protokolle«¹ in Deutschland zeigt, steht eine öffentliche Aufarbeitung vieler der mit der Pandemie verbundenen Entscheidungen jedoch noch aus. Das zeigt die Notwendigkeit, sich von wissenschaftlicher Seite weiterhin mit dem Thema der COVID-19-Pandemie zu befassen, wozu in diesem Beitrag die Rolle der Medien in der Vermittlung von Maßnahmen im Zentrum steht.

Wie der in den Mittelpunkt meiner Betrachtung gestellte Widerstreit der Medien im Kontext der Pandemie zu verstehen und möglicherweise hinsichtlich der Verstärkung einer pandemiebedingten Gesellschaftskrise auf den Punkt gebracht werden kann, werde ich in drei Schritten aufzeigen. Dabei werde ich nicht auf Fallanalysen eingehen, sondern verfolge eine öffentlichkeitstheoretische und -kritische Position, mit der ich eine Einordnung der Herausforderung durch die neuen Intermediäre beabsichtige. Wie gesagt, handelt es sich um die erste Pandemie, die in ihrem gesamten Verlauf durch soziale Plattformmedien und ihre spezifischen Kommunikationslogiken mitbegleitet und mitgeprägt war.

Vorweg (Kapitel 2) lege ich dar, weshalb ich von einem Widerstreit ausgehe, der mit der Form der Medien vermittelt ist. Im Anschluss (Kapitel 3) werde ich auf die Mechanismen eingehen, auf denen die Massenmedien und soziale Netzwerkmedien als neue Intermediäre basieren und im Widerstreit an der gesellschaftlichen Konstruktion der Wirklichkeit mitarbeiten. Vor dem Hintergrund des aktuellen Medienwandels streiche ich (Kapitel 4) heraus, was sich zwischen massenmedialen Leitmedien und Plattformmedien in der Krisenvermittlung an wechselseitigen Reaktionen entwickelt hat, die, einmal eingespielt, für den öffentlichen Diskurs (bzw. für die damit einsetzende Polarisierung) weitestgehend kennzeichnend blieben. Abschließend (Kapitel 5) werde ich auf mögliche Lösungswege für die Stärkung einer pluralen Mediendemokratie zu sprechen kommen, die ihre Lehren aus den Herausforderungen in der Pandemieberichterstattung ziehen sollte.

Öffentlichkeit im Modus des Widerstreits der Medien

Die These meines Beitrags lautet, dass man die gegenwärtige Krise in der orientierenden Rolle der öffentlichen Kommunikation durchaus einem Widerstreit zwischen Massenmedien und sozialen Netzwerkmedien (neben weiteren Faktoren, die

1 COVID-19-Krisenstabsprotokolle des Robert-Koch-Instituts (RKI) von Januar 2020 bis April 2021 (Robert-Koch-Institut, 2023).

ebenso relevant sind, aber nicht in meinem Blickpunkt stehen) zuschreiben kann. Genauer wäre es an dieser Stelle zu sagen, dass sich die öffentliche Auseinandersetzung während der Pandemie vor dem Hintergrund eines Widerstreits vollzog, der von der Unterschiedlichkeit der Medien mitgeprägt war, aber nicht ausgelöst wurde. In den letzten Jahren ist zu den Unterschieden der jeweiligen Medien und den Einflüssen von sozialen Plattformmedien für die öffentliche Kommunikation viel geforscht und publiziert worden (Jarren und Neuberger, 2020; Eisenegger et al., 2021; Habermas, 2022). Als Ergebnis der meisten Studien steht für mich im Vordergrund, dass wir, insbesondere bei politisch und gesellschaftlich relevanten Themen, von unterschiedlichen Logiken und Zielsetzungen der Kommunikation gegenüber klassischen Leitmedien² und der von ihnen geprägten Phase der Massenkommunikation ausgehen müssen. Der hierbei entspringende Widerstreit hat Konsequenzen für den Ablauf der Pandemiewahrnehmung und -bewältigung.

Wie sich der Verlauf der Medienberichterstattung im Einzelnen entwickelt hat, ist nicht Gegenstand dieses Beitrags, in dem es um einen Überblick über jene Aspekte geht, die aus Sicht einer kritischen Öffentlichkeitsforschung als relevant für die unterschiedlichen Wahrnehmungen, Bewertungen und Einordnungen der Pandemielage erscheinen. Das heißt, dass sich die Auseinandersetzung über Corona in den Medien als Brennpunkt konfligierender Perspektiven begreifen lässt, die sich nicht mehr im Rahmen eines, für alle Seiten als Bezugspunkt geltenden, öffentlichen Raumes diskursiv entfaltet und verbreitet haben. Zugespißt lässt sich zu dieser Entwicklung mit Blick auf diskurskritische Positionen herausstreichen, dass »[d]ie Pluralität konfligierender Perspektiven und miteinander konkurrierender Hegemonien neue Kulturkämpfe [offenbart], in denen die Ordnung der Kultur selbst zur Disposition steht.« (Jung und Kempf, 2023, S. 4)

Der Widerstreit betrifft im Fall der öffentlichen Kommunikation vor allem drei Dimensionen der Vermittlung.³ So gibt es auf der einen Seite den Widerstreit der Medienmacher und Informationsvermittler, je nach Form und Medium, mit dem die Corona-Berichterstattung verfolgt, kommentiert und betrieben wurde. Dieser Widerstreit wurde zumeist als Gegensatz von öffentlich-rechtlichen Medien und sozialen Medien thematisiert und verstanden. Wenn man an die öffentlichkeitskonstituierende Rolle der Medien denkt, dann geht der Widerstreit über einen solchen Gegensatz aber auch hinaus. Trotz zahlreicher Talk-Shows und weiterer Diskussionsformate war scheinbar keine diskursive Vermittlung über wesentliche Erfolge oder

-
- 2 Im Grunde geht es um die »strukturierte Vermittlung von Ereignissen«, die von journalistischer Seite bislang mit den klassischen Leitmedien betrieben wurde, die nun von neuen Logiken wie der »Interaktivität« abgelöst wird (Hall, 1989).
 - 3 Wie man den Typus dieser Öffentlichkeit nennt, ist ebenfalls noch offen. Derzeit trifft man auf eine Reihe unterschiedlicher Konzepte, wie z.B. Semi-Öffentlichkeit, Mikro-Öffentlichkeiten, Dissonante Öffentlichkeit, Agonistische Öffentlichkeit.

Fortschritte in der Pandemiebewältigung in den sozialen Medien zu finden. Kurz, die Berichterstattung zur Pandemie-Lage war vor dem Hintergrund dieses Widerstreits noch nicht einmal mit der statistisch erfassten Pandemie-Lage in Übereinstimmung zu bringen,⁴ weil sich jede Seite auf die andauernde Betonung von deren, scheinbar für sie selbst als überzeugend erscheinenden Standpunkte konzentrierte.

Hinzu kommt der, ebenfalls keineswegs als nebensächlich zu erachtende Widerstreit auf Seiten des Medienpublikums selbst, also der Nutzer und deren favorisierten Medien, die sich, nicht allein über Generationenunterschiede hinweg, unterschiedlichen Angeboten zuwandten und dadurch in anderen Öffentlichkeitszusammenhängen bewegten, was sich insbesondere an den »Coronaleugnern« und der sog. »Querdenkerszene« gezeigt hat, die ihr eigenes Wissen hatten und propagierten.

Und schließlich, drittens, gibt es einen Widerstreit der Formate, mit denen über die Pandemie berichtet wurde. Hier stehen die allfälligen politischen Talk-Shows als dominantes Diskursforum im Vordergrund. Während die Presse und der klassische Journalismus in Rundfunk und Fernsehen an der Nachrichtenvermittlung und Informationsaufbereitung mitwirkten, reagierten die sozialen Medien mit Tweets, Blogs und Memes auf die Lage bzw. kommentierten diese und wurden damit u. a. prägend für ihre Art der Kritik an den angeblichen »Systemmedien« oder einer sog. »Lügenpresse«.

Mechanismen

Nähert man sich der »Realität der Massenmedien« an, so wie Luhmann es aus systemtheoretischer Perspektive unternommen hat, dann sind wir mit der Feststellung konfrontiert, dass alles, was wir über »unsere Gesellschaft, ja über die Welt, in der wir leben, wissen,« (Luhmann, 1996, S. 9) wir nur durch die Massenmedien wissen (ebd., S. 9) bzw. nur durch sie wissen können. Das Vertrauen, das Individuen dazu den von den Massenmedien vermittelten Nachrichten und Informationen entgegenbringen, ist aber nicht selbstverständlich und macht, in der zum Ausdruck gebrachten Erwartung an die Massenmedien, auch *stutzig*. Deshalb hat Luhmann auch hervorgehoben, dass es bei der Analyse der »Realität der Massenmedien« darauf ankommt, die Problemstellung zu beantworten, wie es gelingt »Informationen über die Welt und über die Gesellschaft als Information über die Realität zu akzeptieren, wenn man weiß, wie sie produziert werden?« (ebd., S. 215, herv. i. O.) Die

4 Hierzu gab es zahlreiche Pressekonferenzen des RKI, aber auch die MPKs zusammen mit der Regierung sowie schließlich die Auftritte des jeweiligen politischen und wissenschaftlichen Personals auf der Bundepressekonferenz.

Betonung liegt damit auf dem gesellschaftlichen Konstruktionscharakter der Wirklichkeit, der genau in die Mitte unseres Problems führt, wenn sich in einem medial ausdifferenzierten Mediensystem der massenmedial vermittelte Diskurs nicht mehr als der maßgebliche Weg darstellt, über den sich unterschiedliche Publikumsgruppen informieren und orientieren.

Die Wirklichkeitsvermittlung durch die von den Medien nach ihrer jeweiligen Selektionslogik konstruierten »Realität« ist hierbei mit der Funktionsweise moderner Gesellschaften vermittelt, die ohne eine irgendwie geartete beobachtende Leistung von Medien nicht funktionsfähig wäre. Im Fall der Massenmedien bedeutet dies, dass die öffentliche Kommunikation immer nur Konstruktionen davon anbieten und vermitteln kann, was in der Umwelt geschieht. Vertrauen bringen wir diesem Zusammenhang deshalb entgegen, weil die Gegenleistung in der Informiertheit über Themen besteht, durch die wir in die Lage versetzt werden, am öffentlichen Diskurs teilzunehmen. Das ist in entgrenzten Öffentlichkeiten aufgrund eines ausdifferenzierten Mediensystems nun offenbar nicht mehr auf diese »eine« Weise der Fall.

Die Herausforderung sozialer Netzwerkmedien besteht an dieser Stelle darin, dass bei ihnen, durch Krisen befeuert, oftmals nur noch relevant scheint, was sich aus sozialer Nähe heraus als schlüssig ableiten lässt. Während man auf sozialen Netzwerkseiten auf Empfehlungen von Freunden und Freundschaftsanwärter reagiert, womit das Kriterium für Relevanz von Informationen – das sich in »likes« ausdrückt, – die soziale Nähe und Verbundenheit ist, die man sich wechselseitig bestätigt, ist es bei den klassischen Massenmedien die Pluralität von Ansichten, Perspektiven und Meinungen, die als Voraussetzung für eine öffentliche argumentative Auseinandersetzung dienen soll. Oder anders gesagt. Bei den sozialen Medien geht es um die Akkumulation von Sozialkapital – man ist »Meinungsführer«, weil man Follower hat. Bei den klassischen Medien geht es um Diskursfähigkeit und -qualität (Göttlich und Herbers, 2021).

Und angesichts dieser Unterschiedlichkeit verwundert es nicht, dass »alternative Fakten« auf die virale Verbreitung durch emotionale Anteilnahme setzen – nicht aber auf das rationale Argument. So ergibt sich aufgrund der Logik sozialer Medien eine Herausforderung, die wegen der gesellschaftsweiten Relevanz der Pandemie in einem weitaus größeren Maße als bei vorhergehenden Krisen zum Vorschein kam.

Die Schlüsselfrage jeder kritischen Auseinandersetzung mit der neuen Öffentlichkeitsformation lautet daher, ob und wie es korrigierbar ist, wenn in den Angriffen auf die Pluralität des Meinungsspektrums nicht erkannt wird, dass sich die Bezeichnung von etwas als »wahr« nicht auf eine scheinbar unverzerrt abbildbare Realität bezieht, sondern vor allem auf das Ergebnis eines Prozesses, der durch öffentliche Kommunikation überhaupt erst ermöglicht wird.

Presse und Rundfunk schließen dabei notwendigerweise immer Widersprüche und scheinbar Unvereinbares ein. Es ist die Aufgabe der öffentlichen Kommunika-

tion, Bürger auf Basis von Informationen aus unterschiedlichen Quellen in die Lage zu versetzen, entscheiden zu können, welchen Gesetzen, die über sie erlassen werden, sie zustimmen wollen und welchen nicht (Imhof, 2008, S. 65).

Aber – wir erinnern uns – selbst dieser Mechanismus war zeitweise ausgesetzt, weil z.B. auch in der Ministerpräsidentenkonferenz oder der Bund-Länder-Kommission in schwierigen Abstimmungsprozessen unter Zeitdruck entschieden werden musste, was in der jeweiligen Pandemielage das unumgängliche Mittel der Wahl ist. Als eine Folge kam es im Widerstreit der Medien zu einer von Entscheidung zu Entscheidung voranschreitenden Politisierung der Maßnahmen. Im Hintergrund war der Mediendiskurs in politischen Talkshows mit unterschiedlichen Szenarien, die aus den Entscheidungen abgeleitet werden konnten, befasst, die selten so eintrafen, wie dort von den Studiogästen angenommen und durchgespielt. Das Ergebnis jeder an eine solche Gemengelage anschließenden Medienrezeption durch die Zuschauer ist nicht nur eine komplexe Herausforderung, sondern eine permanente Überforderung.

Wenn sich dann noch soziale Medien als dominanter Informationskanal und Stichwortgeber in den Vordergrund schieben, ist der Bruch mit der bisherigen Logik der öffentlichen Kommunikation unabwendbar, womit das gesellschaftlich geteilte Wirklichkeitsmodell bzw. der Weg dahin, wie dieses Modell bislang ausgehandelt wurde, in Frage steht. Begriffskreationen wie »postfaktisches Zeitalter« (Pinker, 2020) streichen das heraus. Belegen lässt sich das auch durch die immer stärkere Abkehr und Abwendung von journalistischen Medien, die immer mehr durch die Aufmerksamkeitsverlagerung auf Skandale und Skandalisierungen im Netz erfolgt und vorangetrieben wird.

Die Konfliktspirale

Blickt man auf die Vielzahl an Konflikten zur Pandemieberichterstattung im Umfeld dieser »neuen« Medienöffentlichkeit, so lässt sich die Konfrontation zwischen massenmedialer Berichterstattung, zumeist öffentlich-rechtlicher Provenienz, und den sogenannten sozialen Medien – den neuen Intermediären – als gegeben herausstreichen. Dieser Widerstreit hat sich in der breiteren gesellschaftlichen Wahrnehmung vor allem in Reaktion auf das Erstarken der »Querdenkerszene« manifestiert, die in ihrer Sprache den sogenannten »Mainstream-Medien« Vorwürfe der »Panikmache« gemacht haben und einseitige Berichterstattung unterstellt haben; Motive, die sich mittels Interviewstudien als ein durchgehendes Kennzeichen auf Demonstrationen aufzeigen ließen (Pantenburg, Reichhardt und Sepp, 2021, S. 37). Im Hintergrund dieser ab einem bestimmten Moment auf »Corona-Leugner« und die »Querdenker-Szene« fokussierten Berichterstattung gab es eine Reihe an grundsätzlichen Auseinandersetzungen über die Einordnung des Pandemie-Geschehens,

die für jede Nation mitunter von den jeweils spezifischen politischen Rahmenbedingungen hervorgerufen wurde und dementsprechend für die Anschlussberichterstattung weiter prägend war. Neben der Maskenpflicht kommen in Deutschland hierfür das Social Distancing, die Schließungen von Kitas, Schulen, Universitäten und der Gastronomie und öffentlicher Veranstaltungen in Betracht. Besonders relevant waren Auseinandersetzungen über die Impfpflicht, die bis heute in Jens Spahns Behauptung einer Pandemie der Ungeimpften nachwirkt, wie zuletzt in der Auseinandersetzung über die »Corona-Protokolle« zu erkennen war (Jens Spahn, 2021).

Die klassischen Leitmedien tendierten im Pandemieverlauf verstärkt, nach anfänglichem Bestreben um Informationsvermittlung dazu, die unterschiedlichen Reaktionen auf die Pandemie, vor allem etwa auf Seiten der »Querdenkerszene«, vor allem ab der zweiten Hälfte 2021 zu einem zentralen Thema ihrer Auseinandersetzung zu machen. Im Kontext der widerstreitenden Berichterstattung lässt sich hierzu vermuten, dass der Fokus auf die Auswüchse dieser Szene Teile des Informationsjournalismus davon entlastete, das Dickicht der Expertisen und Studien auf der Suche nach dem besten Weg aus der Krise zu lichten, während die Politik an der Stelle wiederum nicht anders konnte, als Entscheidungen zu riskieren. Ab der Mitte der Pandemie griff massenmediale Kommunikation – sensu Öffentlichkeit – verstärkt die Kommunikation der Selbstbehaupter in Social Media auf, um den Konflikt zu verschieben und politisch bearbeitbar zu machen (Kumkar, 2022, S. 266).

Die mit dieser Entwicklung verknüpfte Überlegung, inwiefern aus der Gesundheitskrise eine Gesellschaftskrise, wenn schon nicht erwuchs, zumindest aber verstärkt wurde – für eine genaue Antwort wäre eine Gemengelage weiterer Krisen neben den einleitend bereits genannten z. B. auch die Finanzkrise oder die Migrationsproblematik mit in den Blick zu nehmen, die insgesamt ein Gefühl der Unsicherheit erzeugten –, bewegt auch gegenwärtig noch die öffentliche Auseinandersetzung.

Vorläufig lässt sich vor diesem Hintergrund mit einer Feststellung Münchs (2022) zur Rolle von Inzidenzwerten in der Pandemie resümieren, dass die Gesellschaftskrise eine Folge der – je nach politischem Lager voneinander differenzierenden – Aneignung oder Zueigenmachung sich widersprechender wissenschaftlicher Expertisen ist, so dass vor allem auf politischer Seite (unterstützt von Teilen der Medienöffentlichkeit) ein »benevolenter Paternalismus« (ebd., S. 87ff.) als Lösungsweg beschritten wurde. Im Grunde aber hat jede der am Konflikt beteiligten Seiten in der Auseinandersetzung über die besten Maßnahmen aus ihrer eigenen Perspektive ihre Beobachtung in den öffentlichen Raum eingebracht und der jeweils anderen Seite Lügen, Bias oder Verschwörungserzählungen vorgeworfen.

Was dabei weniger im Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit stand, ist, dass sich in diesem Widerstreit ein Etagenwechsel öffentlicher Kommunikation vollzogen hat, der vor allem in Krisenzeiten nicht unproblematisch ist. Es formierte sich ein, gerade von rechtspopulistischen Sichtweisen mitgeprägter Widerstand

gegen die plurale Öffentlichkeit, der »begleitet war von der Bildung neuer ideologischer Gruppen, die nicht mehr einfach als rechtsextrem oder rechtspopulistisch bezeichnet werden können; am ehesten völkisch, autoritär, rebellisch, [...] aber auch mit linken esoterischen Anhänger:innen« (Zick, Küpper und Mokros, 2023, S. 22).

Der Etagenwechsel besteht an der Stelle nicht allein darin, dass von Diskurs auf Polarisierung oder Widerstand umgeschaltet wurde. Er besteht darin, dass die Kontrahenten in jeweilige Lager zerfielen, die am Ende nicht mehr auf Vermittlung ihrer jeweiligen Position setzten. Die Legitimierung einzelner Positionen erfolgt nicht mehr gegenüber einem allgemeinen Publikum, sondern allein der eigenen Anhängerschaft gegenüber. Der verständigungsorientierte Diskurs wird, in einem postfundamentalistischen Verständnis, abgelöst von historisch-kontingenten Prozessen der Durchsetzung bestimmter eigener (gruppenbezogener) Normen, Werte und Weltanschauungen (Jung und Kempf, 2023). Und das bedeutet, dass es, ohne eine Verständigungsbereitschaft, nur noch um Selbstbehauptung der eigenen Position geht, die mit allen möglichen Mitteln der Delegitimierung der Ansichten des »Gegners« durchgefochten wird.

Verstärkt wird dieser Prozess noch dadurch, dass es gerade die neuen sozialen Medien sind, mit denen Kampagnen gegen die Presse und den Journalismus erheblich erleichtert werden. Denn unter Umgehung der üblichen Leitmedien können sie ihre Kampagnen direkt bei ihren Anhängern platzieren und diese mobilisieren. Und im Zuge dieses Etagenwechsels durch politisierte »Nachrichten« erfährt das eigene Bauchgefühl eine zentrale Aufwertung. Vor diesem Hintergrund entsteht eine nicht mehr ohne Umstände überschaubare Gemengelage gesellschaftlicher Widersprüche. Das heißt, an gemeinsamen Lösungen zu arbeiten bringt nur mehr die Lager weiter gegeneinander auf, indem Positionskämpfe überwiegen.

Im Hintergrund dieser Entwicklung steht der Umstand, dass dem im klassischen Verständnis als vierte Gewalt bezeichneten Journalismus, mit seiner öffentlichen Kontrollfunktion in unterschiedlichen gesellschaftlichen Milieus, durch die sozialen Medien eine starke Konkurrenz durch die diffuse Sphäre von Blogs, Tweets, Postings erwachsen ist. Auch Letztere könnten im Sinne der frühen Internetpioniere in der Lage sein, als »fünfte Gewalt« wie ein weiterer Garant der öffentlichen Redefreiheit zu agieren. Im Ergebnis aber traten an die Stelle der Pluralität von Ansichten und Meinungen, die sich der öffentlichen Debatte gewachsen zeigen müssten, selbsternannte Wahrheitsinstanzen, die sich keiner Diskussion mehr stellten, da sie sich im Besitz der »Wahrheit« wähnten. Und so lässt sich folgern: Nicht das Verhältnis zur Wirklichkeit – etwa »alternativen Fakten« – ist entscheidend, sondern ihre Funktion in der öffentlichen Kommunikation (Kumkar, 2022, S. 274).

Damit geht es bei dem immer weiteren Vordringen sozialer Plattformmedien in der öffentlichen Kommunikation um einen Unterschied, der auch in der Beobachtung von Krisen nicht folgenlos ist. Eindringlicher formuliert lässt sich sagen: Unter den neuen Bedingungen einer in klassische Massenmedien und Plattformmedien

»gespaltenen Medienlandschaft« hat die öffentlichkeitstheoretische Frage einer pluralen Berichterstattung ihre orientierende Stellung in entscheidenden Phasen eingebüßt. Sie erschien bei den Impfgegnern – u.a. in Richard Münchs Befund zur Lage – »als ein Monopol über die Berichterstattung ohne Legitimation«. »Die »wahrheitsgemäße« Unterscheidung zwischen Information und Desinformation« (Münch, 2022, S. 78) lag während der Pandemie nicht mehr unumstritten auf Seite der Massenmedien in ihrer Rolle der Vermittlung schwieriger politischer Entscheidungen. Vielmehr ordneten diese – insbesondere in Talkshowformaten – die wissenschaftliche Expertise mit Blick auf die politische Bewertung nicht immer als noch unentschieden oder als selbst unter Wissenschaftlern strittig ein; was offenbar nicht nur weiter verunsicherte, sondern zum Vorwurf des Meinungskartells auf Seiten der Impfgegner mit beigetragen hat. Ihrerseits starteten Impfgegner in den sozialen Medien eine »Kampagne« gegen die Massenmedien und auch die Politik. Unklar blieb hierbei bis zum Schluss das Verhältnis von Expertise und Politik, das in den Konflikt mit hineinspielte und zum anderen das Verhältnis von Medien, Expertise und Politik (Büttner und Laux, 2021). Mit Blick auf die in den politischen Talkshows geführten Gespräche zu den Corona-Maßnahmen ließe sich dieses Verhältnis mit einigem Aufwand rekonstruieren, wozu es erste Publikationen gibt (Melischek und Seethaler, 2023).⁵

Weshalb es kein einfaches Korrektiv gegen den durch den digitalen Wandel der Medien eingetretenen Öffentlichkeitswandel gibt, liegt nicht unwesentlich darin begründet, dass mit dem Einzug von sozialen Netzwerkmedien »das Risiko der Fragmentierung in Tausende kleiner »Informationskokons«, Echokammern (und Filterblasen), in denen nur die Nachrichten und Meinungen von Gleichgesinnten ankommen« (Garton Ash, 2016, S. 81) seit den 2020er Jahren deutlich gestiegen ist.

Das Ergebnis war eine sich selbstverstärkende Spirale der Angst und Verdächtigung, die am Ende von den politischen Verantwortlichen vielleicht hätte aufgefangen werden können, wenn sie den Schluss gezogen hätten, dass Ängste im Gegensatz zu Befürchtungen oder Sorgen nicht Ergebnis einer Risikoabschätzung sind, noch sein können. In solchen Situationen vermag keine Statistik noch eine Zahl für Licht am Ende des Tunnels zu sorgen, wenn emotional die schiere Möglichkeit einer »Corona-Diktatur« angenommen wird; selbst wenn die zeitweise Einschränkung

5 Von den drei regelmäßig im Wochenverlauf ausgestrahlten deutschen Talkshows »Hart aber Fair«, »Maybrit Illner« und »Anne Will« haben sich im Zeitraum von Januar 2020 bis April 2022 insgesamt 112 Sendungen dem Thema COVID-19 gewidmet. »Hart aber Fair« mit 34 Folgen, »Maybrit Illner« mit 48 und »Anne Will« mit 30. Aufschlussreich ist zudem, dass einer repräsentativen Panelstudie nach bis zu 60 % der Zuschauer überhaupt keine Notiz von diesen Sendungen genommen haben. Von den anderen 40 % haben regelmäßig im Wochenverlauf 18 % eine der Sendungen verfolgt, 9 % zwei Sendungen und bis zu 15 % drei Sendungen (Faas und Krewel, 2022).

des persönlichen Bewegungsraums aus epidemiologischer Sicht nach aller bisherigen Erfahrung als ein probates Mittel zur Eindämmung erscheint. »Die Unheimlichkeit ist ein Phänomen eigenen Rechts und interessiert sich nicht für reale Gefahren« (Wunsch, 2023, S. 22). Das heißt, dass die vom Virus ausgehende Gefahr bei spezifischen Gruppen anscheinend alles für sie Fassbare überstieg und erst wieder greifbar wurde, indem sie die Unheimlichkeit dadurch zu bannen suchten, dass sie ein menschliches Motiv, ausgeführt von dunklen Mächten imaginierten, um einen in der realen Welt fassbaren Verantwortlichen zu haben, der einem feindlich gesinnt gegenübersteht. Diese Wahrnehmung bzw. dieses Gefühl wurde durch so manche Blogs und zahllose Online-Foren genährt, womit sich der Eindruck verhärtete, dass die sog. »Mainstream-Medien« (Pörksen, 2015, S. 72) unsere »Gehirne [massieren]« (ebd., S. 72), bis wir die »Wahrheit für die Unwahrheit« (ebd., S. 72) und die »Illusion für die Realität« (ebd., S. 72) halten.

»Kurzum: Es ist im digitalen Zeitalter unendlich leicht geworden, Parallelrealitäten und gleichsam wasserdicht versiegelte Mikroöffentlichkeiten zu erschaffen, die sich von den Überzeugungen der Allgemeinheit lösen« (ebd., S. 73). Und in diesen Mikroöffentlichkeiten kursierten Spekulationen über eine auf wissenschaftlicher Seite und in der wissenschaftlichen Publizistik verspürte Unentschlossenheit in der Bewertung von Pandemiemaßnahmen. Die wissenschaftliche Rationalität der Hypothesenüberprüfung erscheint für das, was massenmediale Kommunikation darüber berichtet hat, nicht ohne Umstände als anschlussfähig und schafft Raum für Spekulationen, weil die Wissenschaft plötzlich als spekulativ erscheint. Gerade dann, wenn die daran anschließenden politischen Reaktionen in der Medienberichterstattung ebenfalls als unschlüssig oder als noch nicht zu Ende gedacht erscheinen.

Zur genauen Einordnung dieser Wechselwirkung muss aber auch betont werden, dass es hierbei vorwiegend um die Rolle jener Medien geht, die sich während der Corona-Pandemie als »Alternativmedien« zu den etablierten Medien als neue Wahrheitsinstanz zu inszenieren suchten. Auch wenn diese »Medien« überhaupt nur einen bestimmten Prozentsatz an Nutzern und Rezipienten erreichten, wurde ihre Rolle durch die Abgrenzungsversuche der Leitmedien ihnen gegenüber bei den entsprechenden Publikumsgruppen noch gesteigert. Ihre eigentliche Rolle, die sie ab einem bestimmten Moment im medienöffentlichen Diskurs einnahmen, betraf ca. 8 % der Mediennutzung im Vergleich zu den Angeboten von nationalen öffentlich-rechtlichen und privaten Sendern. Bei den öffentlich-rechtlichen Anbietern lag die Nutzung bei ca. 70 % und bei den privaten bei ca. 41 % (Faas et al., 2022, S. 43ff.). So gesehen vergrößerte der medienöffentlich betriebene Widerstreit auch ein Stück weit die eigentliche öffentliche Bedeutung und Stellung von sogenannten »Alternativmedien«, was wiederum nicht davon ablenken kann, dass ihre Bedeutung für maßgebliche Publikumssegmente seitdem nicht rückläufig ist, sondern weiterhin im Anstieg befindlich ist.

Die Frage lautet damit, wie man diese Entwicklung, dass sich Stimmen sogenannter »alternativer Medien« in den öffentlichen Diskurs durchsetzen, auffangen kann. Und das auch unabhängig von Diagnosen, ob wir eine Gesellschaftskrise haben. Die Gesundheitskrise hätte mit großer Wahrscheinlichkeit auch unter klassischen massenmedialen Bedingungen für Mehrdeutigkeiten gesorgt und einen Rückgang des Medienvertrauens in Abhängigkeit zu den jeweiligen Themen und Medien offenbart (u.a. Arlt et al., 2023, S. 7). Dieser Rückgang des Medienvertrauens wäre aber aufgrund der geringeren Anzahl von Kanälen nicht derart als allgemeine Verunsicherung ausgefallen, die auch noch durch den Widerstreit der Medien befeuert wurde.

Daher muss man zurecht nach den Chancen fragen, wie angesichts des durch soziale Plattformmedien veränderten Umfelds öffentlicher Kommunikation sachliche und wahrheitsgetreue Argumente aus journalistisch verantworteten Quellen noch zu den Nutzern durchdringen können, wenn sich ein Teil längst in plattformgebundene Welten eingeschlossen hat, von denen sie meinen, mit einer optimalen, auf ihre Interessen zugeschnittenen Auswahl von Nachrichten und Informationen versorgt zu sein? Und angesichts der vielfach unentschiedenen wissenschaftlichen Debattenlage gab es auch für die Leitmedien die Qual, qualifiziert zu berichten. Das lässt sich allein daran bemessen, dass ein großer Teil der öffentlichen Debatten in den bereits genannten politischen Talkshows geführt wurden, die sich um eine Einordnung der jeweiligen Entscheidungen in den unterschiedlichen Pandemiephasen bemühten. Zugleich offenbarte sich auch in diesem Umfeld, dass wissenschaftliche Differenzierungen selten medientauglich sind, vor allem dann nicht, wenn sich Gewissheit über den besten Weg nicht ohne Widersprüche herstellen lässt. Nach der Ansicht vieler Beobachter stehen daher insbesondere »Politik und Medien [...] vor der schwierigen Aufgabe einen subjektiv verschwundenen Diskursraum wieder zu öffnen, in dem auf Basis (natur-)wissenschaftlicher Fakten politisch diskutiert werden kann« (Pantenburg und Sepp, 2021, S. 480).

Lösungswege?

Worin bestehen also Eingriffsmöglichkeiten für eine Korrektur? Gibt es diese überhaupt? Seit einigen Jahren sind dazu unterschiedliche Maßnahmen im Gespräch, deren mögliche Rolle vor dem Hintergrund des Pandemiegeschehens weiter diskutiert werden muss.

Schon länger verfolgte Strategien wie ein Faktencheck oder auch strafbewehrte Maßnahmen gegen Plattformmedien und »Hass-Postings« haben sich insgesamt als keine unmittelbar wirksame Eingriffsmöglichkeit in Krisenzeiten erwiesen. Und sie bringen auch kaum die Diskursqualität einer pluralen Presse- und Medienlandschaft zurück, noch können sie Garant dafür sein, ihren Bestand zu sichern. Denn

gerade auf Seiten der Alternativmedien gibt es wiederum selbsternannte Fakten-Checker, die die andere Seite der Verbreitung von Unwahrheiten bezichtigen. Der Mechanismus, der bislang für eine Differenzierung sorgte, bestand darin, dass in einem pluralen Meinungsspektrum die Falschaussagen tendenziell aussortiert wurden. Das ist in einer von unüberwindbaren Gegensätzen geprägten Medienlandschaft aber nicht mehr so ohne Weiteres gegeben.

Ein weiterer Punkt ist, dass die Massenmedien mit ihren jeweiligen Formaten an mancher Fehlentwicklung einen gewissen Anteil haben, etwa indem sie selbst z.B. in Form eines Erregungs- und Stichflammenjournalismus Stimmungen und Emotionen mit dem Ziel der Auflagensteigerung betreiben, oder auch über situational vorerst nicht auflösbare Widersprüche hinweggehen und das Thema etwa durch Skandalisierung des Fehlverhaltens gesellschaftlicher Gruppen auf Probleme verlagert, die einer Pandemie-Bewältigung nicht unmittelbar zuträglich sind.

Wie gesehen, vermitteln die Massenkommunikationsmedien ebenso wenig die eine »Wahrheit« wie »Fake News«, selbst wenn letztere dem Erwecken dieses Eindrucks nachgehen. Aber, im Umfeld von Plattformmedien lernen vor allem jüngere Publikumsgruppen kaum den Wert von öffentlichen Massenmedien – auch online – zu schätzen. Daher könnte es ein Weg sein, wenn die Presse und der Rundfunk gerade in Krisenzeiten Wert darauf legen, zu zeigen und darzustellen, wie Nachrichten gemacht werden, welche Prozesse der sozialen Konstruktion von Wirklichkeit zu einer geteilten ›Wahrheit‹ beitragen oder ihr zugrunde liegen.

Heranwachsende müssten diese Unterschiede von Mechanismen und Funktionsweisen der jeweiligen Medien heute weitaus früher als etwa noch vor 20 Jahren lernen. Aber solche Medienkompetenzüberlegungen sind nur ein Weg der Vermittlung von Medienlogiken und Mechanismen. Solange nicht vor allem Schulen, aber auch die Medien weitere und eigene Angebote machen, die den Wert einer Öffentlichkeit und der öffentlichen Kommunikation vermitteln, bleiben immer Wege für die Wirksamkeit »alternativer Fakten« bzw. von »Fake News« offen. An der Bewältigung der durch sie gestellten Herausforderung kann die Gesellschaft jedoch auch wachsen, so dass die sozialen Medien doch auch als fünfte Gewalt wirksam sein können, wenn sie Korrekturmechanismen findet, die ihre Logik ausspielen helfen. Diese Korrekturmöglichkeit besteht im netzwerkartigen Kommunikationsverlauf, der auch selbstreflexiv auf sich selbst einwirken kann, indem sich Verzweigungen nutzungsbezogen als vertraulich herausstellen, und dabei als weniger vertraulich erscheinende Mittler in der Rangfolge herabstufen werden.

Vor dem Hintergrund der Herstellung von Vertraulichkeit erscheint es als unverständlich, dass die beabsichtigte parlamentarische und damit letztlich auch öffentliche Aufarbeitung der Pandemie ins Stocken geraten zu sein scheint (Buchsteiner et al., 2024). Das liegt nicht allein an gegensätzlichen politischen Interessen oder unterschiedlichen Kompetenzen auf Bundes- und auf Länderebene. Vielmehr scheint hier – trotz aller bisherigen Erfahrungen mit sozialen Plattformmedien und deren

Einfluss – eine von politischer Seite unterschätzte Bedeutung einer öffentlichen Auseinandersetzung bestimmend zu sein, wodurch verhindert wird, gerade den Ausgangspunkt der Polarisierung mit in den Blick zu nehmen und dahingehend die Reaktion auf die erfolgten Corona-Maßnahmen neu zu bewerten und einzuordnen. Das sollte die Rolle einer öffentlichen Aufarbeitung nicht nur sein, das sollte eine öffentliche Aufarbeitung auch leisten können.⁶ Im Wesentlichen ginge es hierbei um die Beantwortung der zentralen Frage, »welche Maßnahmen in der Pandemie sinnvoll waren und welche nicht und auf welcher Grundlage sie getroffen wurden« (ebd., S. 23). Ein Ziel aus der Kenntnis über den Verlauf und die Form der Kommunikation während der Pandemie sollte es sein, mögliche Schlüsse für die zukünftige Kommunikation in vergleichbaren Krisen und Gefährdungslagen ziehen zu können bzw. mit Verweis auf die gemachten Erfahrungen sicherer im Umgang mit nicht vertrauensvollen Quellen und Informationen, Verschwörungstheorien, Clickbaits und damit verbundenen Skandalisierungen zu werden. Auch dies ist eine Voraussetzung für die Stärkung der Kontrollfunktion durch die Medienöffentlichkeit.

Das löst selbstverständlich nicht die unmittelbare Herausforderung, in der Vermittlung von Corona-Maßnahmen zur Pandemiebewältigung eine auch politisch/rechtlich unanfechtbare Lösung anzubieten, wenn sich gesellschaftliche Gruppen diesem Weg gegenüber verschließen. Die neuen Medien sind ein entscheidendes Instrument für diese neue Art der Mobilisierung von Anhängerschaften, die allein auf die Durchsetzung ihres Weltbilds setzen und von einer diskursiven Ordnung, die versucht einen gemeinsamen Lösungsweg zu finden und einen gemeinsamen Ausgangspunkt dafür zu etablieren, weiten Abstand nimmt.

Das heißt, dass den hier Dargelegten, manchmal auch schlagwortartig umrissenen und vielleicht auch dadurch möglicherweise überzeichnet dargestellten Herausforderungen nur durch die Bürgerinnen und Bürger sowie die Zivilgesellschaft selbst begegnet werden kann. Die Presse und die Medien können dafür jedoch zentrale Hilfestellungen leisten. Das Grundproblem besteht nach Ansicht diskurskritischer Positionen in der jetzigen Zeit – vor dem Hintergrund vielfältiger Krisen – in der Herausbildung einer agonalen Ordnung, die die Phase eines Kulturkampfes mit auslöst (Mouffe, 2002). Für Vertreter dieser Position besteht eine Antwortmöglichkeit darin, »sich d[e]r Wiederkehr des Antagonismus mit allen Konsequenzen zu stellen und aus der radikalen Umstrittenheit des Politischen heraus erneut eine agonale Ordnung des demokratischen Wettstreits herzustellen.« (Jung und Kempf,

6 Stattdessen können sich Regierung und Opposition sowie zivilgesellschaftliche Akteure bereits im Voraus nicht darüber einigen, ob es einer Untersuchungskommission bedarf, oder ob eine Enquetekommission oder gar Bürgerräte dafür ausreichen, Lehren aus den während der Pandemie verhängten Maßnahmen zu ziehen. Die rechtlichen Bedenken gegenüber den möglichen Gesprächsformaten scheinen offenbar zu groß (ebd.).

2023, S. 8) Das bedeutet, dass »liberale und linke Parteien wie auch soziale Bewegungen [...] den Kampf um die Herzen der Menschen aufnehmen [sollen]« (ebd.) und auf diese Weise »populistischen Affekten der Rechten linkspopulistische Leidenschaften und Identifikationsmöglichkeiten entgegensetzen.« (ebd., S. 8)

Eine mit dieser »Forderung« vermittelbare Idee liegt in der Entwicklung neuer bzw. geänderter TV-Diskussionsformate, mit denen im Sinne einer Kaffeehausdiskussion ein Klima nicht nur des gegenseitigen Zuhörens vorgeführt wird, sondern im Unterschied zu Talkshows, nicht der andauernde Bekenntniszwang im Vordergrund steht. In Talkshows werden Sprecher ausgesucht, die vor einem großen Publikum kein Problem damit haben, ihre Meinung kundzutun. Im sozialen Leben ist das aber nur selten der Fall und daher gibt es neben der Notwendigkeit von Leitmedien, die Inhalte und Themen für den öffentlichen Diskurs bereitstellen, auch die Notwendigkeit, die eingespielten Rituale der Medien in Krisenzeiten durch neue Formate in Frage zu stellen, insbesondere die von politischen Talkshows. An dieser Stelle kommen jüngst auch Überlegungen wie die Einrichtung von Bürgerräten mit ins Spiel. Das heißt, eine Antwort auf die Frage, wie sich deliberative Diskurse wieder in die Gesellschaft einspeisen lassen, steht damit weiterhin zur Entscheidung an. Und damit zusammen auch die Problem- und Fragestellung, wie sich die sozialen Plattformmedien in diesen Prozess mit einbinden lassen.

Literatur

- Arlt, D., Wolling, J., Schaller, S. und Schumann, C. (2023) ›Die politische Krise der Corona-Pandemie und die Rolle der Medien: Erkenntnisse aus Aggregat- und Individualdatenanalyse‹, *Media Perspektiven*, 7, S. 1–13.
- Buchsteiner, R., Feldenkirchen, M., Garbe, S., Karls, V., Müller, A.-K., Reiber, S., Schaible, J., Schult, C. und Verseck, L. (2024, 16. August) *Wie sich die Ampel vor einer Corona-Aufarbeitung drückt*. Der Spiegel. <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/coronavirus-wie-sich-spd-fdp-und-gruene-vor-einer-aufarbeitung-druecken-a-53a8d1da-3667-4991-9b36-49f57b86d73c> (Zugriff am: 29.08.2024).
- Büttner, S. und Laux, T. (2021) ›Umstrittene Expertise und die Wissensproblematik der Politik: Eine Einführung‹, in Büttner, S. und Laux, T. (Hg.) *Umstrittene Expertise: Zur Wissensproblematik der Politik*. Leviathan Sonderband 38. Baden-Baden: Nomos, S. 13–40.
- Eisenegger, M., Prinzing, M., Ettinger, P. und Blum, Roger (Hg.) (2021) *Digitaler Strukturwandel der Öffentlichkeit: Historische Verortung, Modelle und Konsequenzen*. Wiesbaden: Springer VS.
- Faas, T., Bibu, T., Joly, P. und Schieferdecker, D. (2022) ›Nutzung und Wahrnehmung der Informationslandschaft im zweiten Jahr der Pandemie: Ergebnisse der RAPID-COVID-Panelbefragung‹, *Media Perspektiven*, 1, S. 39–48.

- Faas, T. und Krewel, M. (2022) ›Politische Talkshows in der Pandemie: Eine Untersuchung zur Vielfalt von Gesprächssendungen im deutschen Fernsehen‹, *Media Perspektiven*, 11, S. 539–547.
- Garton Ash, T. (2016) *Redefreiheit: Prinzipien für eine vernetzte Welt*. München: Hanser.
- Göttlich, U., Herbers, M. (2021) ›Von der Logik der Öffentlichkeit zu Mechanismen öffentlicher Kommunikation‹, in Eisenegger, M., Prinzig, M., Ettinger, P. und Blum, R. (Hg.) *Digitaler Strukturwandel der Öffentlichkeit: Historische Verortung, Modelle und Konsequenzen*. Wiesbaden: Springer VS, S. 289–302.
- Habermas, J. (2022) *Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit und die deliberative Politik*. Berlin: Suhrkamp.
- Hall, S. (1989) ›Die strukturierte Vermittlung von Ereignissen‹, in Hall, S. (Hg.) *Ideologie, Kultur, Rassismus. Ausgewählte Schriften 1 (=Ausgewählte Schriften, Band 1)*. Hamburg: Argument, S. 126–149.
- Imhof, K. (2008) ›Theorie der Öffentlichkeit als Theorie der Moderne‹, in Winter, C., Hepp, A. und Krotz, F. (Hg.) *Theorien der Kommunikations- und Medienwissenschaft: Grundlegende Diskussionen, Forschungsfelder und Theorieentwicklungen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 65–89.
- Jarren, O. und Neuberger, C. (2020) *Gesellschaftliche Vermittlung in der Krise: Medien und Plattformen als Intermediäre*. Baden-Baden: Nomos.
- jensspahn (2021, 07. September) *In DE haben 61,4 % der Bürgerinnen und Bürger (51,1 Mio) vollen Impfschutz, 65,9 % (54,8 Mio) sind mindestens einmal geimpft. Bei Inzidenz und auf Intensivstationen sehen wir: Wir erleben eine anwachsende Pandemie der Ungeimpften. Alle, die können, sollten sich ihren Schutz holen! [X]*. <https://x.com/jensspahn/status/1435150908426436616> (Zugriff am: 31.08.2024).
- Jung, S. und Kempf, V. (2023) ›Krise und Kritik des verständigungsorientierten Diskurses‹, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 73, S. 4–10.
- Kumkar, N. (2022) *Alternative Fakten*. Berlin: Suhrkamp.
- Luhmann, N. (1996) *Die Realität der Massenmedien*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Melischek, G. und Seethaler, J. (2023) ›Teil 1: Mediale Kommunikation während der COVID-19-Pandemie: Eine scoping review‹, in Bogner, A. (Hg.) *Nach Corona: Reflexionen für zukünftige Krisen: Ergebnisse aus dem Corona-Aufarbeitungsprozess*. Wien: Österreichische Akademie der Wissenschaften, S. 11–21.
- Mouffe, C. (2002) ›Für eine agonistische Öffentlichkeit‹, in Enwezor, O., Basualdo, C., Meta Bauer, U., Ghez, S., Maharaj, S., Nash, M. und Zaya, O. (Hg.) *Demokratie als unvollendeter Prozess: Documenta11_Plattform1*. Wien/Berlin: Hatje Cantz, S. 101–112.
- Münch, R. (2022) *Die Herrschaft der Inzidenzen und Evidenzen: Regieren in den Fallstricken des Szientismus*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Pantenburg, J., Reichardt, S. und Sepp, B. (2021) ›Wissensparallelwelten der ›Querdenker‹, in Reichardt, S. (Hg.) *Die Misstrauensgemeinschaft der ›Querdenker‹: Die*

- Corona-Proteste aus kultur- und sozialwissenschaftlicher Perspektive*. Frankfurt a.M.: Campus, S. 29–66.
- Pantenburg, J. und Sepp, B. (2021) ›Wissen, hausgemacht: Selbstverständnis, Expertisen und Hausverstand der ›Querdenker‹, in Büttner, S. und Laux, T. (Hg.) *Umstrittene Expertise: Zur Wissensproblematik der Politik*. Leviathan Sonderband 38. Baden-Baden: Nomos, S. 468–482.
- Pinker, S. (2020, 30. Juni) *Postfaktisches Zeitalter? Dieser Begriff ist selbst der grösste Schwindel*. NZZ. <https://www.nzz.ch/feuilleton/postfaktisches-zeitalter-dieser-begriff-ist-selbst-ein-schwindel-ld.1552312> (Zugriff am: 29.08.2024).
- Pörksen, B. (2015, 04. Januar) *Der Hass der Bescheidwiser: Die aktuellen Attacken von Verschwörungstheoretikern bedrohen den Journalismus*. Der Spiegel. <https://www.spiegel.de/politik/der-hass-der-bescheidwiser-a-c69d3bf3-0002-0001-0000-000131147816> (Zugriff am: 31.08.2024)
- Robert-Koch-Institut (2023) *COVID-19-Krisenstabsprotokolle des Robert-Koch-Instituts von Januar 2020 bis April 2021*. Berlin: Robert-Koch-Institut.
- Sharma, K., Seo, S., Meng, C., Rambhatla, S. und Liu, Y. (2020, 22. Oktober) *COVID-19 on Social Media: Analyzing misinformation in Twitter conversations: A preprint*. Cornell University. <https://doi.org/10.48550/arXiv.2003.12309>
- Wunsch, S. (2023) *Verrufene Tiere: Ein Bestiarium menschlicher Ängste*. Berlin: Matthes & Seitz.
- Zick, A., Küpper, B. und Mokros, N. (Hg.) (2023) *Die distanzierte Mitte: Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23*, Bonn: Verlag J.H.W. Dietz Nachf.